Freitag, den 4. Februar.

Thorner  Zeitung.

Nro. 29. Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations=Preis für Einheimische 25 Sgr. — Auswärtige zahlen bei der Königl. Post=Anstalten 1 Thlr. — **Inserate** werden täglich bis 3 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die vierspaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 3 Pf. 1870.

Tagesbericht vom 3. Februar.

Karlsruhe, 1. Februar. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer legte Staatsminister Freydorf den mit dem Norddeutschen Bunde abgeschlossenen Jurisdictionsvertrag vor. Die Gesetze über die Civilregister und über die obligatorische Civilehe treten heute in Wirksamkeit.

Wien, 1. Februar. Dem Vernehmen nach soll die Neubildung des Cabinets definitiv vollzogen sein. Neu eingetreten wären Stromayer, Banhaus und FML. v. Wagner; Hasner, Herbst, Brestl, Plener und Giskra sollen verbleiben. Letzterer soll außer dem Portefeuille des Innern auch das Polizeiministerium übernehmen. — Durch kaiserliche Handschreiben sind nunmehr Hasner zum Ministerpräsidenten, FML. Wagner zum Minister für Landesvertheidigung, Banhaus für Ackerbau und Ministerialrath Stromayr zum Minister für Cultus und Unterricht ernannt worden. Die amtliche „Wiener Zeitung" wird morgen diese Ernennungen veröffentlichen. Das Ministerium ist jetzt vollzählig.

Paris, den 1. Februar. Gesetzgebender Körper. Kératry kündigt eine Interpellation an betreffend die Nothwendigkeit, die bestehenden Gesetze über die Jesuiten und andere religiöse Gesellschaften zur Anwendung zu bringen. Hierauf tritt die Kammer in die Discussion der Interpellationen über die zeitweiligen Zulassungen der Baumwollengewebe ein. Mehrere Redner greifen das Decret vom 10. Januar an, Handelsminister Louvet und Finanzminister Buffet antworten. Schließlich wird mit großer Majorität einfache Tagesordnung angenommen.

Landtag.

„Trip, Trap." Das war ein böses Geklapper gestern (am 1. d. Mts.) im Abgeordnetenhause, das dem Grafen Eulenburg noch lange in den Ohren klingen wird und bei der Schlußabstimmung über die Kreisordnung seinen Höhengrad zu erreichen droht. Der Abg. Richter sprach ohne Zweifel den übereinstimmenden Gedanken der liberalen Parteien aus, als er erklärte, daß von dem Zustandekommen einer Kreisordnung, welche der Regierung so umfassende Freiheiten in die Hand giebt, wie der vorliegende Entwurf, nun und nimmer die Rede sein könne, so lange vom Ministertische aus ein System befolgt wird, das die Sebstständigkeit der Gemeinden geradezu verhöhnt. Der Ton, der gestern im Abgeordnetenhause herrschte, erinnerte lebhaft an die Konflictsperiode in ihrer Glanzepoche; die schwersten Beschuldigungen werden gegen die Verwaltung des Ministers und seiner untergeordneten Organe erhoben, die krassesete Willkür, das demoralisirendste Spürsystem wird aufgedeckt — und auf das alles hat der Minister nur ein charakteristisches Achselzucken zur Antwort! Meine Verwaltung gefällt Euch nicht? Nun wird erst recht in dem alten Gleise fortgewirthschaftet! giebt Graf Eulenburg den Anklagen Richters als Erwiderung. Leben wir denn noch in einem konstitutionellen Staate, oder sind wir schon längst in das alte absolutistische Fahrwasser von 1848 zurückversunken? Letzteres scheint beinahe der Fall zu sein, und die mehr als kühle Abweisung des Ministers muß ein Sporn sein für alle Männer, denen ein Herz für das Vaterland in der Brust schlägt, auf's entschiedenste Front zu machen gegen das heutige System. Die Nichtbestätigung Trip's in Solingen, Zorn's in Breslau und Petiscus in Oels kommen gerade zu rechter Zeit, um für den Grafen Eulenburg und das von ihm vertretene System ein unauslöschliches mene tekel zu werden. — Das Verhalten des Ministers in der gestrigen Sitzung regt aber noch eine andere Frage von tief einschneidender Wichtigkeit an — die nämlich von dem Schutze der Staatsbürger vor verletzenden Aeußerungen in der Kammer. Ein allgemein geachteter, seiner Humanität und Pflichttreue wegen hoch verehrter Mann, der seit 12 Jahren in segensreichstem Wirken an der Spitze einer umfangreichen Kommunalverwaltung steht, wird bei seiner Wiederwahl von der Regierung nicht bestätigt, nachdem während seiner Amtsperiode von der vorgesetzten Behörde die gehässigsten Scherereien ins Werk gesetzt wurden, die sämmtlich keinen Anhalt zu der gewünschten Amtsenthebung boten. Politische Motive, sagt der Minister, stehen der Bestätigung nicht entgegen, wenigstens nicht in erster Linie, wohl aber die erheblichsten Bedenken betreffs der Verwaltung, und befragt darüber, welcher Art diese Bedenken seien, verweigert der Minister die Antwort, mit anderen Worten, er häuft die schwersten Verdachtsmomente auf einen unbescholtenen Bürger und weigert sich, die Beweise dafür zu erbringen. Der Angegriffene ist absolut nicht in der Lage, sich zu vertheidigen, denn er weiß nicht einmal, wessen man ihn bezüchtigt; er könnte die Einleitung einer Disciplinaruntersuchung gegen sich beantragen, aber die Regierung würde darauf ebensowenig eingehen, wie sie die Interpellation in der Kammer beantwortete. Der Mann wäre in der öffentlichen Meinung todt, wenn nicht eben im vorliegenden Falle die Verdächtigung die beste Vertheidigung bildete. Für die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses ist gegenwärtig eine Remedur für unberechtigte Angriffe beantragt, gegen Verdächtigungen von der Ministerbank ist aber Jedermann wehrlos. Nur die volle Verwirklichung des Art. 61 der Verfassung schafft hier Abhilfe.

Die Provinzal-Korrespondenz giebt selbst nach den gestrigen Erklärungen des Grafen Eulenburg über die Prinzipien der Regierung betreffs der Kommunal=Selbstverwaltung die Hoffnung auf, einen befriedigenden Abschluß der Kreisordnungsdebatten nicht auf, aber man merkt es an dem herabgestimmten Tone, daß das ministerielle Blatt nur der gegebenen Ordre parirt, ohne daran zu denken, daß seine Bemühungen einen Erfolg haben könnten. Es beschränkt sich heute darauf, die angeblich irrige Meinung zu widerlegen, als könnte nach dem Geiste unsers Verfassungslebens ein gewissenhafter Abgeordneter nach einmaliger Beschlußnahme sich jeder weitern Erwägung und etwaigen Sinnesänderung verschließen; vielmehr erfordern die Verfassung sowohl wie die Vernunft, daß der weitern Beschlußnahme eine wiederholte Prüfung und Erwägung vorhergehe. Die „Prov.=Korr." führt zur Erhöhung dieser ihrer Erwägung die von der Vorberathung erheblich abweichenden Endbeschlüsse bei der norddeutschen Gewerbeordnung und bei der Städteordnung für Schleswig=Holstein an; sie vergißt aber ganz, daß sich dort die Regierung im allgemeinen den liberalen Forderungen fügte; während im vorliegenden Falle den Liberalen zugemuthet wird, das heutige rigorose Verwaltungsprinzip der Regierung zu verewigen. Daß dies nicht geschieht, dafür sorgte Graf Eulenburg selbst mit seiner Antwort in der Trip'schen Interpellation. —

In Regierungskreisen scheint man betreffs des Termins für die Einberufung des Reichstages über Nacht anderer Meinung geworden zu sein, denn die „Prov.=Korr." nennt heute dafür den 14. Februar. Nächst dem Bundeshaushalt für 1870 werden dem Reichstage vorgelegt werden: das Strafgesetzbuch für den norddeutschen Bund, die Gesetze über die Bundes= und Staats=Angehörigkeit, über den Unterstützungswohnsitz, über den Schutz des Autorrechts, den Schutz der Photographie u. a. Die Diät

---

Zwei Königskinder.

Historische Novelle
von
Edmund Hahn.
(Fortsetzung.)

Einige Wochen waren dem königlichen Paare scheinbar friedlich und im äußeren Glanze verstrichen. König und Königin besuchten regelmäßig die Kirche, doch nur, wenn Scultetus predigte, was jeden Sonn= und Festtag des Morgens geschah.

Andere, mildere Prediger, Eingeborene des Landes, hörte der König niemals an. Nach der Kirche lebte der Hof wie in Heidelberg, man ergötzte sich mit Ringelrennen, Spazierritten, Tanzvergnügungen und üppigen Gastmählern, bei denen orientalische Pracht und sinnlose Verschwendung herrschten.

Wohlthaten und Ehrenstellen wurden vertheilt, aber ohne Wahl. Der weise Rath des Grafen von Dohna und der von anderen treuen Anhängern des Königs wurde nicht gehört, wohl aber hielt der König die Armee, über welche der Fürst von Anhalt den Oberbefehl hatte, für unüberwindlich, Prag für wohlbefestigt und seine Gegner für gänzlich beruhigt oder doch für ungefährlich.

Die Böhmen, welche anfangs den König als ihren Hort betrachteten, für ihre schöne Königin aber begeistert gewesen waren, fingen an, die Unduldsamkeit des Predigers Scultetus hauptsächlich dem Könige zuzuschreiben und ihn wegen seines an Schlemmerei grenzenden Tafel=Luxus zu verachten. Die Böhmen sind nachdenkliche, ernste, arbeitsame Menschen, sie verlangen und erwarten, daß auch ihr König ernst und thätig sei und das Leben nicht wie einen ewigen Feiertag betrachte. Die leichten, anmuthigen Pfälzer=Sitten hätte Friedrich in der Pfalz zurücklassen sollen. Er fand schwere Arbeit vor, welche einen ganzen Mann erforderte.

Die Königin, geistvoller, charakterfester und ernster als ihr Gemahl, war bisher zu sehr an Liebe und Huldigungen gewöhnt gewesen, um nur einmal ernstlich zu bedenken, daß sie den Böhmen eine fremdartige Erscheinung sei, daß sie sich die Zuneigung und das Vertrauen dieses nicht leicht zugänglichen Menschenschlages erst zu erwerben habe. In ihrem Character lag zu viel von der Lust zu herrschen und nicht weniger als ihr Vater und ihr unglücklicher Bruder hielt sie an der Ueberzeugung fest, daß ein Volk dem Kronenträger gegenüber keinen Willen habe. Dabei zog sie falsche Schlüsse, sie hielt das Volk für berechtigt, dem Kaiser Ferdinand den Gehorsam aufzusagen, aber sie bildete sich ein, Friedrich V. von der Pfalz habe das Königreich großmüthig vom Untergange gerettet, folglich dürfe er nach Belieben schalten und walten.

Während Elisabeth und ihr Gemahl, in glückliche Sicherheit eingewiegt, ihren Königstraum in der stolzen Königsburg auf dem Hradschin träumten, rüsteten Kaiser Ferdinand und Herzog Maximilian im Stillen. Der Kurfürst Friedrich Georg von Sachsen, obgleich Protestant, versprach dem Kaiser, dem Könige von Böhmen keinen Beistand zu leisten, falls derselbe ihn bedürfen sollte, und von Alledem erfuhr Friedrich V. kein Wort! Daß er nichts davon vernahm, war für ihn das größte Unglück, aber ein selbst verschuldetes.

Verständige, treue Männer schwiegen, weil sie nicht angehört wurden. Feilen Schmeichlern und Verräthern oder dem redlichen, aber fanatischen Scultetus lieh das Königspaar willig sein Ohr.

So kam das Jahr 1620 heran. Kanonenschüsse und Glockengeläute verkündeten es, auf dem Hradschin herrschte ein fröhliches Treiben, denn der König hatte ein großes Bankett befohlen, zu denen die ersten Familien des Adels und die Spitzen der Behörden eingeladen waren.

Nach dem feierlichen Gottesdienste, bei welchem Scultetus sich wieder einmal durch eine eifrige Rede hervorgethan, und seine Freunde, verhaßt gemacht, wie seine Gegner meinten, saßen Friedrich und Elisabeth auf dem Throne, unter einem kostbaren Baldachin, im Huldigungssaale und empfingen die Glückwünsche der ersten Adeligen des Landes und des Magistrates, so wie der Geistlichkeit. Plötzlich, als der König sich zum Bürgermeister der Stadt wandte, um ihm einige huldvolle Worte zu sagen, stockte der Fürst in seiner Rede, denn durch die halbgeöffnete Flügelthüre, welche zu dem Vorgemach führte, erblickte er die Gestalt jenes alten Hussiten, welcher bei dem Einzuge des Königs das Banner seiner Gemeinde getragen hatte. —

„Wie kommt jener Mann hierher in die Königsburg?" fragte Friedrich den Rathsherrn, welcher entgegnete:

„Er ist der älteste seiner Gemeinde, ein Nachkomme des großen Huß, von des Reformators jüngerem Bruder abstammend, also ein Groß=Enkel vom Vater des Märtyrers. Deshalb und wegen seines Muthes und seiner Geschicklichkeit, denn Johannes Hyronimus Huß ist ein berühmter Waffenschmied, ist der alte Mann überall hochgeachtet und selbst katholische Generale und Obersten bestellen in eigner Person ihre Waffen bei Meister Huß und sprechen freundlich mit ihm. Vielleicht ist derselbe gekommen, sich, wenn auch nur von fern, in dem Glanze zu sonnen, welcher von den Majestäten ausgeht."

„So mag der Mann näher treten, sobald sich die andern edlen Herren und schönen Damen in die Nebengemächer begeben haben, theilt dies dem Meister Huß mit, Herr Bürgermeister."

Dieser Befehl wurde pünktlich vollzogen und eine Viertelstunde später stand der alte Hussit vor dem Könige, welcher den Thron verlassen hatte und mit langsamen, würdevollen Schritten auf den Greis zuging.

Der Mann verbeugte sich auf militairische Weise, dann zog er ein außerordentlich schön gearbeitetes aber offenbar altes Schwert hervor und sprach:

„Königlicher Herr, ich trug bei Eurem Einzuge das Banner der Hussiten vor Euch und Eurer holdseligen Königin her, welche Gott segnen möge, es war für mich ein froher Tag, ich hoffe, auch für meine Glaubensbrüder. Heute bringe ich Eurer Majestät ein kleines Geschenk. Es ist ein Schwert, das mein Ahnherr für den Helden Ziska geschmiedet hat, später, nach dessen Tode, kam es wieder an ihn, der es gemacht hat. Tragt es, königlicher Herr, zum Andenken an einen Kämpfer für Licht und Freiheit, und braucht es, Böhmens Unabhängigkeit und

wird voraussichtlich bis gegen Ostern andauern, die sich daran knüpfende Session des Zollparlaments — falls eine solche stattfindet, was noch nicht bestimmt ist, in 14 Tagen beendet sein. Inzwischen soll in den Kommissionen des Landtages der Versuch über eine Verständigung wegen der Kreisordnung fortgesetzt werden.

Deutschland.

Berlin, d. 3. Februar. **Welfen Legion.** Bezüglich der noch in Frankreich befindlichen Welfen-Legionäre wird offiziös die Nachricht des „Hannov. Courier", nach welcher der König denselben unbedingte Amnestie, sowie die Mittel zur Rückkehr in die Heimath angeboten habe, wie folgt berichtigt: „Nach den Erfahrungen, welche hinsichtlich der früher ertheilten Amnestie gemacht worden sind, hat sich der König nicht bewogen gefunden, eine neue Amnestie zu bewilligen, doch wird die Botschaft in Paris in Folge einer Ermächtigung denjenigen Legionären, welche um die straffreie Rückkehr bitten, eine möglichst milde Behandlung ihres Vergehens, die wohl in der Begnadigung der durch die preußischen Gerichte Verurtheilten bestehen wird, in Aussicht stellen."

— **Zur Klosterfrage.** Am nächsten Petitionstage wird voraussichtlich die Klosterfrage das Abgeordnetenhaus beschäftigen. Der Ausgang der Debatte ist sehr zweifelhaft, da von 102 Mitgliedern Uebergang zur Tagesordnung beantragt ist. Die Regierung, welche den Ultramontanen gern aus dem Wege geht, stellt sich, weil es einmal sein muß, auf den radicalsten Standpunkt und behauptet, im Gegensatz zum Gneist'schen Commissionsbericht, daß durch die Verfassung alle früheren Beschränkungen für religiöse Vereinigungen aufgehoben seien. Hoffentlich werden die freien Gemeinden sich das nicht umsonst gesagt sein lassen.

— **Die allgemeine Volkszählung** innerhalb des Gebietes des Zollvereins wird bekanntlich, nachdem die letzte im Jahre 1867 geschehen, in diesem Jahre wiederholt werden. Als Zählungstag ist der 1. December festgesetzt worden und werden die hierzu erforderlichen Drucksachen bereits angefertigt. Es wird diesmal das System der Zählblättchen vollständig durchgeführt, und zwar einem jeden Haushaltungsvorsteher neben einer Anzahl von Zähllisten auch ein Zählblatt für die abwesenden Familienglieder, ein Zählblatt für die anwesenden Fremden nicht zur Familie gehörigen Personen und ein Doppelblatt mit der Anweisung, wie die Ausfüllung der einzelnen Zählblättchen erfolgen solle übersendet. Die Uebersendung erfolgt in einem Couvert, auf welchem genau der Zweck der Zählung und die übersendeten Zählinstrumente verzeichnet ist, außerdem wird gleichzeitig auf dem Couvert an den Haushaltungsvorsteher die Bitte ausgesprochen, die übersendeten Zählblättchen möglichst genau auszufüllen oder falls derselbe wünschen sollte, daß ein Mitglied der Bezirks-Zählungscommission dies thun solle, dann dies durch einen auf dem Couvert auszufüllenden Vermerk Kund zu geben.

— **Die Chinesen**, welche Berlin nunmehr nach einem Aufenthalt von einigen Monaten verlassen, haben jede Gelegenheit wahrgenommen, zu versichern, daß Berlin und ihre Berliner Erlebnisse zu den schönsten Erinnerungen gehören, welche sie mit in die Heimath nehmen. Sie sind übrigens thatsächlich hier überall ausgezeichnet worden. Man erzählt, daß die Hotelrechnung der Chinesen die Summe von 20,000 Rtl. überstiegen habe; auch die Einkäufe, welche sie hier machten, sollen eine ganz beträchtliche Summe repräsentiren.

— **Die „Volksztg."** bringt die befremdliche Mittheilung, welche ihr aber als zuverlässig bestätigt wird, daß eine von den Maschinenbauern beabsichtigte Matineé verboten worden sei, weil sie zum Besten der Waldenburger arrangirt war. Es soll Befehl gegeben sein, keine Aufführung zu gestatten, deren Zweck es ist, die Waldenburger Bergarbeiter zu unterstützen.

— **Der hiesige Verein Deutscher Zeichenlehrer** beabsichtigt eine Ausstellung für den Zeichenunterricht zu veranstalten, welche im April d. J. stattfinden soll. Von Seiten des Cultusministeriums sind die Regierungen aufgefordert worden, die Directoren der Provinzialgewerbeschulen sowie der Webeschulen von dieser Absicht in Kenntniß zu setzen, weil man von der Ansicht ausgeht, daß dieses Unternehmen der Pflege des Zeichenunterrichts nur förderlich sein könne.

— **Geh. Rath Wagener** hat — nachdem ihm von Seiten der Abgeordneten und der Presse sehr lange laute Vorwürfe darüber gemacht worden waren, daß er als Abgeordneter die Diäten bezog, ohne in den Sitzungen zu erscheinen, den Betrag für zwei Monate der hiesigen Missionsgesellschaft überwiesen.

— **Dem in Oels** zum Rathsherrn gewählten Rechtsanwalt Petiscus — er gehört der Fortschrittspartei an — ist von Seiten der Regierung die Bestätigung versagt worden.

— **Gewerbeschulen.** Es ist die Absicht des Handesministeriums, jede bestehende Gewerbeschule, für welche die betreffende Commune die auf ihren Theil fallenden Opfer zu bringen sich bereit erklärt, zu reorganisiren. Der Plan, nach welchem die Reorganisation stattfinden soll, sowie das Prüfungsreglement, das nach erfolgter Reorganisation maßgebend sein wird, steht gegenwärtig bis auf wenige noch der Entscheidung harrende Punkte fest. Sobald diese erledigt sind, wird das Ministerium an alle Communalbehörden, in deren Städten Gewerbeschulen vorhanden sind, die Aufforderung richten, sich darüber zu erklären, ob sie die Reorganisation ihrer Gewerbeschulen nach dem ihnen vorzulegenden Plane wünschen.

— **Zur Tabackssteuer.** In den Motiven zu dem Gesetzentwurf vom 26. März 1868, die Besteuerung des Tabacks betreffend, war unter Zugrundelegung eines Steuersatzes von 6 Sgr. für je 3 Quadratruthen (preußisch) mit Taback beflanzten Bodens der Gesammtertrag der Tabacksteuer im Zollverein, abzüglich der Restitutionen, Remissionen nnd Ausfuhrbonificationen, zu 738,000 Rtl. veranschlagt worden. Nachdem jedoch durch das Gesetz selbst die Steuer auf die Hälfte des vorgedachten Betrages (6 Sgr. für 6 Quadratruthen) festgestellt wurde, konnte bei der Aufstellung des Bundeshaushaltsetats pro 1870 der Steuerbetrag nur zu 369000 Thlrn. angenommen werden, wozu übrigens infolge des Zollanschlusses von Mecklenburg-Strelitz, wo bisher etwa 2000 Morgen jährlich mit Taback bepflanzt sind, noch 8600 Thlr. zuzuzählen waren, so daß die Gesammmteinnahme aus der Tabackssteuer auf 377,600 Thlr. angenommen werden konnte. Hiervon gehen 15 pCt. Verwaltungskosten im Gesammtbetrage von 56,690 Thlrn ab, so daß also eine Nettoeinnahme von 320,960 Thlr. verbleibt. Von diesem Nettoertrage entfallen nach Maßgabe der Bevölkerung auf die süddeutschen Staaten und auf Luxemburg (8,801,958 Köpfe) 73,565 Thlr. und auf den Norddeutschen Bund (29,599,064 Köpfe) 247,395 Thlr. Eine genaue Schlußabrechnung über das wirkliche Resultat des eben abgelaufenen ersten Steuerjahres (1869) liegt zur Zeit noch nicht vor, doch soll sich, gutem Vernehmen nach, aus dem bezüglichen Material im Allgemeinen doch bereits ersehen lassen, daß der Voranschlag, wie derselbe zum Bundeshaushaltsetat pro 1870 gemacht worden war, ziemlich zutreffend gewesen sein dürfte. In den Jahren 1865—67 waren im Zollvereine durchschnittlich 85,658 Morgen mit Taback bepflanzt, welche Zahl dem Voranschlage pro 1870 wesentlich mit zum Grunde lag. Eine größere Ausdehnung des Tabacksbaues würde also seitdem im Zollvereine kaum eingetreten sein. Mit Rücksicht auf diese Sachlage dürfte denn auch wohl mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen sein, daß auch für den Bundeshaushaltsetat pro 1871 ein höherer Ertrag der Tabackssteuer nicht in Aussicht zu nehmen sein dürfte.

— **Zum Kapitel der „Versöhnung."** Zwei Fälle von Nichtbestätigung sind bereits gemeldet: Trip in Solingen, Hopf in Insterburg. Einen dritten Fall berichtet die Breslauer Zeitung aus Breslau wie folgt: „Dem von der hiesigen Stadtverordnetenversammlung zum Stadtrath gewählten Stadtverordneten Kaufmann Zorn ist Seitens der Regierung die Bestätigung versagt worden. Wie es scheint, stürmen wir geradezu wieder in die Konfliktsperiode hinein — eine in der That recht angenehme Aussicht, ganz so, wie sie sich Herr v. Gerlach in seiner „Rundschau um Neujahr 1870" wünscht. Herr Zorn nimmt in der breslaner Bürgerschaft eine durchweg geachtete und ehrenvolle Stellung ein; er ist ein ruhiger, besonnener Mann, vom regsten Interesse für die kommunalen Angelegenheiten; selbst konservative Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung haben ihm gern und mit dem Bewußtsein, dadurch das Wohl der Stadt zu fördern, ihre Stimmen gegeben. Und doch nicht bestätigt?! Ja, er hat das Unglück, Mitglied der Fortschrittspartei zu sein. Zwar ist er auch in dieser Stellung allen Extremen abhold und steht so fern den „Unversöhnlichen", daß er beispielsweise den nationalen Aufschwung des Jahres 1866 mit dem größten Theile seiner Gesinnungsgenossen mit Begeisterung begrüßt hat, aber — er gehört dem Vorstande des Wahlvereins dieser Partei an. Wir hoffen, daß die Stadtverordnetenversammlung durch weitere Schritte Klarheit in die Sache bringt."

— **Durch eine Verfügung des Handelsministeriums** sind die sämmtlichen Regierungen veranlaßt worden, auch für das Jahr 1870 eine vollständige Nachweisung über den Stand der gewerblichen Unterstützungskassen einzusenden. Es wird darauf hingewiesen, daß es wünschenswerth erscheint, ein Urtheil darüber zu gewinnen, in welcher Weise die Wirksamkeit dieser Kassen durch die Einrichtungen der neuen Gewerbeordnung berührt worden ist.

— **Die in Bremen** gepflogenen Berathungen von Deputirten norddeutscher Küstenstaaten über den Entwurf der Bundesseemannsordnung sind der „Wes. Ztg." zufolge am Sonnabend beendigt worden.

— **Die Nachricht** verschiedener Blätter von dem kürzlich erfolgten Tode **Rößler** von Oels beruht nach

---

Eure Krone zu vertheidigen, und Gott gebe, daß ich am nächsten Neujahrtage auf derselben Stelle Eurer königlichen Majestät sagen kann: Jetzt hat des Ziska Schwert in König Friedrichs Hand genug gethan, jetzt darf es auf längere Zeit ruhen!"

„Habt Dank für die so werthvolle Gabe; möchte ich Euch erfreuen können, wie Ihr mich erfreut habt, ungeachtet Eurer düsteren Prophezeihungen."

„Ich prophezeihe nicht, königlicher Herr, ich weiß, daß Oesterreich und Bayern rüsten, daß ihnen der Papst Geld sendet, doch wollt ihr mich erfreuen, so habt die Gnade, dem Herrn Pfarrer Scultetus zu befehlen, daß er nicht jeden Christen, der etwas von seiner Ansicht abweicht, in seinen Kanzelreden verunglimpfe, wie auch meinen ehrwürdigen Ahnherrn, von dessen Mund die erste Lehre der Wahrheit geflossen ist."

„Schon gut, schon gut, Meister Huß, und nochmals Dank für die schöne Waffe."

Nach diesen Worten, die der König hastig hervorstieß, wandte er sich ab und ließ den Bürger stehen, welcher die Stirn runzelte und vor sich hin murmelte: „Das ist nicht das Mittel, König dieses schönen Landes zu bleiben."

Auch die Königin erhielt wenige Tage später eine ähnliche Warnung. Als sie sich am Dreikönigstage in den Burghof begab, um, begleitet von ihren Edelfräulein, eine Anzahl alte, arme Frauen zu beschenken, wie sie es zu jedem hohen Festtage eingeführt hatte, drängte sich ein phantastisch gekleidetes Weib an die Königin heran, und ehe es daran verhindert werden konnte, hatte es die Knie der erlauchten Fürstin umschlungen und flüsterte in englischer Sprache:

„Hört, o hört mich, schöne Frau Königin, hört Eine, die auf Euer Insel war."

„Ich höre an Deiner Aussprache, daß Du die Wahrheit sprichst, Frau, rede, was kann die Königin von Böhmen für Dich thun?"

„Nichts, blanke Königin, denn ich gehöre zu dem egyptischen Stamme, welcher nirgends eine Heimath hat und dem doch die ganze Welt gehört. Unseres Hauses Säulen sind die alten Eichen der Wälder, mit ewigen, goldenen Sternen ist das blaue Dach besäet, unter dem wir schlafen, und indem wir unsere eigenen Gesetzgeber sind, gründen wir uns eine Freiheit, welche bisher noch kein König anzutasten wagte."

„Aber", sagte lächelnd die Königin, „wenn Du Nichts brauchst, was führt Dich, zu mir?"

„Warnen will ich Dich, Königin, schon wankt die Krone auf Deinem Haupte. Trauet nicht dem Kaiser oder dem Bayer, verlaßt Euch nicht auf Eure Macht und auf die Festigkeit Eurer Anhänger. Bethlen Gabor von Siebenbürgen ist unter ungünstigen Gestirnen geboren, das Bündniß mit ihm wird Euch wenig fruchten. Er wird bald von seiner Höhe herunter fallen. Ihr bleibt nicht Königin von Böhmen, und wollt Ihr nicht flüchtig von Land zu Land ziehen, so legt noch heute die Krone nieder, kehrt ungesäumt mit Eurem Gemahl und Kindern nach der Pfalz zurück, bittet den Gott, an den Ihr glaubt, daß er Euch wieder in das Paradies einlasse, das Ihr und der König aus thörichtem Ehrgeiz verließet."

Erstaunt über diese kecke Rede blieb die Königin eine Zeitlang regungslos stehen, endlich erhob sie sich aus ihrer sinnenden Stellung und, den rechten Arm gebietend ausstreckend, rief sie mit Hoheit: „Hinweg, wahnsinniges Geschöpf, und lasse Dich nie wieder von mir sehen!"

Behend sprang die Zigeunerin auf und indem sie sich entfernte rief sie der Königin abermals in englischer Sprache zu: „Wir werden uns in Holland wiedersehen und Ihr werdet dann anders von mir denken!"

Der Carneval war lustig in Prag gefeiert worden, wie in früheren Zeiten auf Schloß Heidelberg. Die ernsten Böhmen, an solche Festlichkeiten nicht gewöhnt, schüttelten die Köpfe dazu.

Obgleich die Königin ihrem Gemahl in treuer Liebe ergeben war und in ihrer reinen Seele kein unedler Gedanke Platz fand, wurde dennoch des Prinzen Christian von Anhalts Schwärmerei für die junge, schöne Königin vielfach bespöttelt. Bekanntlich hatte Elisabeth in Heidelberg als sie Abschied von den Zurückbleibenden nahm, ihren linken Handschuh verloren.

Prinz Christian hob ihn auf, er bat sich ihn von der Königin zum Geschenk aus u. befestigte ihn an seinem Helme. Von dieser Stunde an trug der Prinz diesen Handschuh stets und redete bei jeder Gelegenheit von seiner grenzenlosen Ergebenheit für die hohe Frau.

Dem Könige hatte es endlich eingeleuchtet, daß er nicht länger dem Vergnügen leben dürfe. Er gab dem Fürsten Anhalt Befehl, die Armee zu verstärken und schrieb eigenhändige Briefe an seinen Schwiegervater, den König Jacob I., und an andere protestantische Fürsten, um sich ihres Beistandes zu versichern, aber er begnügte sich mit den höflichen Antworten und Versprechungen derselben.

Die kleineren deutschen Fürsten billigten es nicht, daß Friedrich sein schönes Erbe, die Pfalz, nur halb beschützt ließ und deutlich zeigte, daß es ihm mehr um die Königskrone als um die Sache der Union zu thun sei, welcher die protestantischen Fürsten angehörten. Sie beneideten ihn halb, halb tadelten sie seine Vergnügungssucht und Thatenlosigkeit und zogen sich von ihm zurück.

Für die böhmische Armee fehlte der Sold, weil der König zu viel für seinen Haushalt verbrauchte. Auch hatten es die böhmischen Fürsten und Grafen dem Könige sehr übel genommen, daß ein Fremder, der Fürst von Anhalt, den Oberbefehl über das Landesheer erhalten hatte.

Nachdem es lange gegährt, kam es endlich zum Ausbruch der Feindseligkeiten, aber statt den Feind rasch und kühn anzugreifen, was das Klügste gewesen wäre, zog das Heer König Friedrichs, unter Anhalts Führung, langsam bald da, bald dorthin, weil der schlaue Herzog von Bayern den Gegner durch falsche Nachrichten zu täuschen wußte, und während der Graf Mannsfeld ein kleines Corp von der österreichischen und bayrischen Armee schlug, worüber im Prager Schlosse großer Jubel laut wurde, zog der Herzog von Bayern mit großer Heeresmacht auf Umwegen gegen Prag. (Schluß folgt.)

würtemberger Zeitungen auf einem Irrthum. Rößler von Oels ist schon 1857 in Nordamerika gestorben; der am 4. Januar 1870 in New York gestorbene Dr. med. Fr. Rößler war ein Würtemberger, der am 23. März 1815 als Sohn eines schwäbischen Landpfarrers geboren, in Tübingen und Heidelberg Medicin studirt und sich in Brackenheim als Arzt niedergelassen hatte. Wegen seiner Betheiligung an den Bewegungen von 1848 und 1849 war er zwei Jahre lang Gefangener auf dem Hohenasperg. Von dort flüchtete er und ging übers Meer.

Ausland.

Oesterreich. Das neue Ministerium. Die Cabinetskrise in Wien ist beendigt, nachdem die kaiserlichen Handschreiben, durch welche der Ministerpräsident ernannt wird und die drei erledigten Posten wieder besetzt worden, vollzogen sind. Die Zusammensetzung des Cabinets ist nun folgende: Ministerpräsident und Preßleiter Dr. Ritter v. Hasner. Minister des Innern und der öffentlichen Sicherheit Dr. Giskra. Finanzminister Dr. Brestel. Justizminister Dr. Herbst. Handelsminister Dr. v. Plener. Minister für Landesvertheidigung FML. Ritter v. Wagner. Minister für Cultus und Unterricht Dr. Stremayr. Ackerbauminister Dr. Banhans. Was die drei neuen Minister betrifft, so gilt Feldmarschalllieutenant Ritter v. Wagner als tüchtiger Organisator und seiner politischen Gesinnung nach als liberal. Die Wahl des Dr. Stremayr zum Cultus- und Unterrichtsminister wird voraussichtlich bei sämmtlichen liberalen Parteien Beifall finden. Dr. Stremayr ist ein 1848er. Er saß damals in der Paulskirche und focht in den Reihen der entschiedensten Liberalen, deren Fahne er nicht untreu geworden. Energie und umfassendes Wissen befähigen ihn in hervorragender Weise zur Uebernahme des für ihn in Aussicht genommenen Portefeuilles. Dr. Banhans, gegenwärtig Sectionschef im Ministerium des Innern, hat eine bekannte in den letzten Tagen oft besprochene politische Vergangenheit. Daß man von ihm als Ackerbauminister Ersprießliches zu erwarten haben dürfte, dafür bürgt der Umstand, daß er sich als Centralgüterdirector der Güter des Grafen Waldstein den Ruf eines tüchtigen Oekonomen erworben hat. Die letzte Schwierigkeit, die, nach Erledigung der Vorsitzfrage, noch zu überwinden war, lag in dem Arrangement wegen des Polizeiministeriums. Herr Giskra, der bei seiner hervorragenden Bedeutung und bisherigen Thätigkeit auf die Präsidentschaft den gegründetsten Anspruch hatte, wandte alle Kraft an, das Polizeidepartement der Hand des Herrn v. Beust zu entziehen und mit dem Ministerium des Innern in Verbindung zu bringen. Im Besitz jenes Departements wird er neben der Präsidentschaft des Herrn Hasner noch eine große Macht üben und seiner amtlichen Stellung nach sich eines häufigeren Contacts mit dem Monarchen erfreuen als ein anderer Ressortminister. Ein eigenthümliches Zusammentreffen ist es immer, daß der Minister des Innern, der im Sinne des neuen Programms in den Kampf zwischen Deutschen und Slaven eingreifen soll, sich ohne die Hilfsmittel der Polizeiverwaltung diesem gefährlichen Geschäft nicht unterziehen zu können glaubt.

Frankreich. In Frankreich will sich dem Ministerium ein neuer Kämpfer entgegenstellen. Herr Rouher nämlich, sagt man, wird als Präsident des Senats seine Entlassung nehmen und im Wahlkreise seines Freundes Du Mirail als Candidat zum gesetzgebenden Körper auftreten. Ein solcher Entschluß, wenn er wirklich zur Ausführung kommt, würde beweisen, daß der frühere Staatsminister den Kampf des Herrn Forcade und der Hofjournalisten gegen das neue Cabinet noch nicht für wirksam genug hält.

Großbritannien. Im Repräsentantenhause ist eine Bill durchgegangen, welche Abschaffung der bisher den Kongreßmitgliedern gewährten Portofreiheit bestimmt.

Provinzielles.

— Graudenz. (Gr. Gs.) Seitens des hiesigen Comités für den Bau einer festen Weichselbrücke bei Graudenz ist zu Händen des Abg. Gerlich-Bankau eine Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet worden, worin dasselbe ersucht wird: 1) anzuerkennen, daß ein fester Weichselübergang auf der 26 Meilen langen Strecke zwischen Thorn und Dirschau ein dringendes Bedürfniß für die Provinz Westpreußen sei, 2) zu befürworten, daß der Staat die Brücke baue, weil die vom Kriegsministerium gestellte Bedingung, wonach bei einer etwaigen Zerstörung der Brücke im Kriege kein Schadenersatz verlangt werden dürfe, die Ausführung des Baues durch Privatmittel unmöglich mache. Leider kann die Petition einer hier eingegangenen zuverlässigen Mittheilung zufolge in dieser Session nicht mehr zur Berathung kommen.

Als Curiosum vermerken wir, daß die Zöglinge des hiesigen Schullehrerseminars sich wieder einmal gedrungen gefühlt haben, aus ihren Ersparnissen 3 Thlr. 15 Sgr. zusammenzulegen, um den Papst in Bestreitung der Conzilskosten zu unterstützen. Wir würden diesen Opfermuth der bekanntlich meistens in bitterer Armuth lebenden Seminarzöglinge für ein rührendes Beispiel kindlicher Pietät halten müssen, wenn sich nicht so mancherlei Anderes dabei denken ließe.

— **Eisenbahn Tilsit-Memel.** Aus Berlin schreibt man: Eine Deputation aus Memel ist von hier in die Heimath zurückgereist, nachdem sie eine Woche hindurch hier an allen entscheidenden Orten für den Bau der Memel-Tilsiter Bahn thätig gewesen ist. Große Hoffnungen hat die Deputation, wie die „K. Z." hört, nicht mit in die Heimath genommen. Der Handelsminister ist dem Unternehmen überaus zugethan, will es aber nicht ohne gleichzeitige Inangriffnahme der Bahnen Bebra-Ahrenshausen und Hanau-Offenbach, wofür man bedeutungsvolle Zusagen gemacht, ins Werk setzen. Es wird sich nun darum handeln, die hierzu erforderlichen, sehr umfangreichen Mittel, vielleicht aus dem noch nicht begebenen Theile der jüngsten Eisenbahn-Anleihe, zu entnehmen. Jedenfalls würde diese Angelegenheit erst nach der Vertagung des Landtages im April oder Mai zum Austrage kommen.

— Aus Westpreußen. [Kein Compromiß.] Auf die Mittheilung, daß die polnische Bevölkerung Westpreußens allem Anschein nach gesinnt ist, mit den liberalen Deutschen Hand in Hand zu gehen, kann die „Bromb. Ztg." aus zuverlässiger Quelle berichten, daß den Stimmführern der Polen auch nicht im Geringsten daran gelegen ist, ein Compromiß mit deutschen Wählern zu schließen. Um vielmehr auf dem Kampfplatze vollkommen gerüstet zu erscheinen, hat die polnische Fraction der Abgeordneten in Berlin bereits eine Sitzung abgehalten, in welcher Berathungen darüber gepflogen wurden, welche Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, um die polnische Bevölkerung unserer Provinz schon frühzeitig für die bevorstehenden Wahlen zu erwärmen und zu begeistern. Es geht den polnischen Stimmführern nicht blos darum, keinen polnischen Abgeordneten bei dem Wahlkampfe zu verlieren, sondern die Zahl derselben noch zu vermehren.

Ostpreußen. Der „Bürger- und Bauernfreund" erzählt: Ein tüchtiger Rechtsanwalt einer kleinen Stadt irgendwo bewarb sich um eine vakante Rechtsanwaltsstelle beim Appellgerichte seines Regierungsbezirks. Obgleich er der älteste Rechtsanwalt, kam doch keine Berufung. Was Wunder, er war ja Jahre lang Abgeordneter und ein hervorragendes Mitglied der Fortschrittspartei gewesen. Ein Freund, der sich für ihn interessirt, fragt bei einem Appellrathe nach, wie die Sache seines Freundes stehe, und wurde ihm der Bescheid: daran sei wohl gar nicht zu denken, denn allen Eingaben des Betreffenden an das Appellationsgericht fehle der — Submissionsstrich!

Aus Littauen. Je mehr sich jetzt von allen Seiten Stimmen gerechten Vorwurfs und Tadels gegen die neueste orthodoxe Richtung der Theologen erheben, desto mehr scheint man von Seiten der Hierarchie alle Mittel aufbieten zu wollen, um die Geistlichen in dieser Richtung noch mehr zu bestärken und jeden Zweifler oder Andersgläubigen zu entfernen. Es dürfte wohl noch nicht überall bekannt sein, daß die jungen Theologen schon beim Abgange von der Universität eine Versicherung an Eidesstatt abgeben müssen, daß sie nicht nur so wie es Ihnen vorgeschrieben und gelehrt ist, predigen und lehren werden, sondern zugleich, daß sie das glauben, was sie lehren sollen. Das ist in der That Glaubens- und Gewissenszwang in optima forma. Die Folge davon ist, daß nur Ungläubige oder Heuchler gebildet werden, und wir dürfen annehmen, daß die Mehrzahl der letzten Sorte angehört. Die jungen Theologen müssen, um diesen Eid mit gutem Gewissen leisten zu können, den Forderungen der Vernunft Gewalt anthun, müssen sich in mystische Ideengänge vertiefen, um dadurch jeden Gedanken an das Weltleben und seine Anforderungen mit Gewalt unterdrücken zu können. Gelingt ihnen dies, so sagen die frömmelnden Theologen und ihr Anhang: Der ist in die Gnade aufgenommen". Daß dies kein gesunder Zustand sein kann, liegt auf der Hand, und die Folgen bleiben dann nicht aus. Unduldsamkeit gegen Andersgläubige, Lieblosigkeit, sittenrichterliche Strenge und geistlicher Hochmuth stellen sich augenblicklich ein und wachsen mit jedem Jahre, je mehr das gesunde Gefühl der andern Menschen sie zurückweist und mit allen nur möglichen Waffen gegen sie ankämpft. Leider ist ihr Anhang sehr bedeutend. Zu ihnen gesellen sich alle Streber, die unter diesem Deckmantel die verschiedenartigststen eigennützigen Absichten verfolgen. Es gesellen sich zu ihnen alle Wüstlinge männlichen und weiblichen Geschlechts, und leider auch ein sonst gutes Element, nämlich sehr empfindsame, zarte Gemüther, die durch schwee Lebensschicksale und durch den Kampf mit der Thorheit und Schlechtigkeit nicht erstarkt, sondern gebrochen sind und nun in diesen schwärmerischen Empfindungen Trost suchen. Es ist darum die Aufgabe der Presse, stets auf diese orthodoxe theologische Richtung ein wachsames Auge zu haben und ihr Gebahren überall in dem rechten Lichte zu zeigen.

Verschiedenes.

— Die Liste der in Rom auf dem Concil anwesenden Bischöfe stellt sich etwa so: 48 Cardinäle, 4 Primaten, 527 Bischöfe, 10 Patriarchen, 137 Erzbischöfe, 6 Aebte ohne Diöcese, 13 Generaläbte von Mönchsorden mit dem Privilegium der Mitra, 12 Generale und Generalvicare regulärer geistlicher Orden, 7 Generale und Generalvicare von Mönchsorden, 16 Generale und Generalvicare von Bettelorden, in Summa 779 patres concilii. Den Nationen nach vertheilt die „Unita cattolica" die Väter folgendermaßen: Oesterreich und Ungarn 43, Deutschland 16, Frankreich 81, Spanien 40, Neapel 68, Piemont 20, Toscana 10, Lombardei und Venedig 10, Modena 4, Parma 2, Kirchenstaat 62 (also ganz Italien 176), England und Colonien 27, Irland 19, Portugal 2, Belgien 6, Holland 3. Schweiz 4, griechischer Archipel 4, Vereinigte Staaten 40, Süd-Amerika 30, Canadien 9, verschiedene orientalische Riten 42. Endlich die des päpstlichen Winkes gewärtigen in partibus in fidelium, meistens Missionsbischöfe: 119.

Locales.

— **Stadtverordneten-Versammlung am 2. d. M.** Vorsitzender Herr Kroll, anwesend im Ganzen 32 Mitglieder. Vom Magistrat Herr Bürgermeister Hoppe.

Von Ih. Maj. der Frau Königin-Wittwe Elisabeth ist auf die Neujahrs-Gratulation folgendes Antwortschreiben eingegangen: „Die in alter bewährter Anhänglichkeit von dem Magistrat und den Stadtverordneten Thorn's Mir wiederum beim Jahreswechsel dargebrachten Glückwünsche nebst dem beigefügten schönen Honigkuchen habe Ich, wie stets, sehr gern angenommen und füge meinem herzlichsten Danke die Versicherung der unveränderten Fortdauer Meines besonderen Interesses für das Wohl der Stadt Thorn hinzu.

Nach einem Anschreiben des Provinzial-Schul-Kollegiums (gez. v. Horn) vom 14. Jan. c. an das Gesammt-Patronat des hiesigen Gymnasiums hat der Herr Direktor Lehnerdt einen vortheilhaften Ruf zur Leitung eines anderen Gymnasiums erhalten, doch will derselbe in seiner hiesigen Stellung verbleiben, falls der Magistrat sich bereit erklärt die Pensionsberechtigung des Herrn L. für dessen gesammte Dienstzeit (also auch für die, wo derselbe an anderen Anstalten fungirte) anzuerkennen. Das Prov. Schul-Kollegium erklärt die Erfüllung des Wunsches des Herrn L. als für die Anstalt opportun und beauftragt das Gesammt-Patronat wegen dieser Angelegenheit mit dem Magistrate in Unterhandlung zu treten. Diese Unterhandlung hat stattgefunden, in Folge derer der Magistrat zur Kenntniß der Vers. bringt, daß er am 21. Jan. c. beschlossen habe, die Pensionsberechtigung des Directors L für dessen gesammte Dienstzeit anzuerkennen. Von diesem Beschlusse ist bereits dem Gesammt-Patronate, resp. dem Provinzial-Schul-Kollegium Kenntniß gegeben. Die Magistratsvorlage war den vereinigten Ausschüssen zur Vorberathung übergeben und schlugen dieselben, da sie das Verfahren des Magistrats in der beregten Angelegenheit nach der Städte-Ord. als inkorrekt erklären müßten, der Vers. vor, zu beschließen: daß 1. Der Beschluß des Magistrats vom 21. Jan. c. über die Pensionsberechtigung des Direktor L. für dessen gesammte Dienstzeit, die ohne die unerläßliche Zustimmung der Stadtv.-Vers. gefaßt, für die Stadt-Kommune rechtsunverbindlich ist; — 2, den Magistrat zu ersuchen, von diesem Beschlusse der Vers. dem Prov.-Schul-Kollegium Kenntniß zu geben; — 3. den Magistrat zu ersuchen, der Vers. behufs des event. geltend zu machenden Regresses die Namen derjenigen Magistratsmitglieder mitzutheilen, welche den Beschluß vom 21. Jan. gefaßt haben; 4. Den Magistrat zu ersuchen, der Vers. über diesen Beschluß von 1—3 eine Erklärung für die nächste Sitzung zugehen zu lassen. Während die Mittheilung dieser thatsächlichen Momente in öffentlicher Sitzung stattfand, wurden die Anträge der vereinigten Ausschüsse in geheimer Sitzung berathen und, wie wir hören, ohne Aenderung angenommen. Behufs Normalisirung des Etats für die Lehrer-Gehälter am Gymnasium beschlossen beide städtischen Behörden das Schulgeld für alle Klassen von der Tertia ab auf 20 Thlr. jährlich zu erhöhen. Der Beschluß ist wesentlich im Interesse der Anstalt gefaßt, nämlich um dem häufigen Wechsel in den unteren Lehrerstellen zu begegnen. Ferner ist die Erhöhung als gerechtfertigt erachtet worden, weil, wenn das Schulgeld nicht erhöht worden wäre, die vom Kultus-Ministerium angestrebte Normalisirung aus dem Kommunalsäckel, also durch eine Erhöhung der Kommunalsteuer erfolgen müßte. Auf diesem Wege würden aber auch Angehörige der Kommune herangezogen werden, welche kein directes Interesse an der Anstalt hätten. Durch die Erhöhung des Schulgeldes dagegen werden auch die Eltern auswärtiger Schüler im Interesse der Anstalt in Anspruch genommen, und zwar in einer Weise, die keine Verminderung der auswärtigen Schüler besorgen läßt, da auf allen Gymnasien, zumal den der benachbarten Städte, das Schulgeld mindestens 20 Thlr. jährlich beträgt. Unbemittelten, aber befähigten und fleißigen Schülern aus der Stadt werde der Besuch des Gymnasiums durch die bewegte Maßnahme nicht abgeschnitten, da die betreffenden städtischen Behörden das Recht hätten 10 Proz. der Gesammt-Schülerzahl theils ganz, theils halb freien Unterricht zu gewähren. — Der Magistrat theilt mit, daß die Lehrerin Frln. Bialkowska an den Mädchenschulen angestellt ist.

(Schluß folgt.)

— **Himmelserscheinung.** Mehrseitig wird uns mitgetheilt, daß am Dienstag, den 1. d. Mts., nach 7 Uhr Abends ein Nordlicht gesehen worden ist. Eine derartige Erscheinung ist auch in Danzig zu derselben Zeit beobachtet worden, über welche die dortige Zeitung folgendes berichtet:

Die gestern am 1 Februar, Abends zwischen ½7—9 Uhr hierselbst bei 14° Kälte von vielen bemerkte Himmelserscheinung war ein für unsere Breiten höchst selten mit solcher Intensiviät ausgestattetes Phänomen eines Zodiakallichtes. Dem aufmerksamen Beobachter gelingt es wohl manchmal, eine Erscheinung in Gestalt eines Kegels, dessen Basis die Sonne ist und dessen Axe in der Richtung des Thierkreises liegt, in jetziger Jahreszeit am westlichen Himmel nach Süden geneigt in den ersten Abendstunden zu sehen, und auch in den Umrissen, wiewohl schwer, zu verzeichnen, da dieselbe einen nicht viel helleren Glanz als den der Milchstraße einnimmt; der gestern gesehene Glanz übertraf aber alles bis dahin Gesehene und kam die Erscheinung darum vielleicht dem in Tropengegenden so überaus prächtig geschilderten Phänomen gleich. Die Natur dieser Erscheinung ist noch nicht genügend aufgeklärt. Mit Rücksicht auf sämmtliche Hypothesen, wonach eine perspectivische Ansicht eines Sonnenringes aus materiellen Körperchen bestehend, die die Sonne so umgeben, wie die Ringe des Saturn diesen Planeten, in Anspruch genommen wird, oder eine ungemein ausgedehnte Sonnen-Atmosphäre, oder gar ein die Erde innerhalb der Mondbahn umkreisender Ring Ursache des Phänomens sind, ist es immerhin höchst wünschenswerth, mit Beifügung der Zeit die Spitze des Lichtes, die Richtung der Axe und die Breite der Basis an den Sternen, die man in der Nähe findet, anzugeben. Das Veränderliche der Erscheinung anzuzeichnen, ist höchst wichtig. Das gestrige Phänomen war sehr unregel-

mäßig; ein besonders schmales Lichtbündel vom westlichen Horizont bis noch nicht zum Widder-Dreieck reichend, in der Richtung vom Pegasus aus ihn tangirend, verschob sich etwa parallel zwischen α und γ Pegasii. Außerdem traten zu Zeiten gewisse Dunstmassen rechts nach Norden hinzu, welche sehr schnell verschwanden, während die westliche Säule ähnlich dem Schweife des im Jahre 1858 gesehenen, großartigen Donatischen Cometen bis etwa 9 Uhr constant sich erhielt. Die Farbe war gelblich weiß, bisweilen ein wenig röthlich. Durch die Nebenerscheinungen veranlaßt, mag wohl Mancher die Erscheinung als die eines Nordlichts aufgefaßt haben. Obgleich am vorhergehenden Abend keine Spur von Zodiakallicht constatirt werden kann, so ist eine Wiederholung bei der jetzt noch anhaltenden Klarheit des Himmels nicht unmöglich und daher Aufmerksamkeit zu empfehlen. — Nachzuholen ist noch, daß am 1. Jan. zwischen 11½—12 Uhr Abends ein Nordlicht mit recht rother Färbung, wiewohl ohne viel Strahlenschießen, beobachtet wurde.

Börsen-Bericht.

Berlin, den 2. Februar. cr.

Fonds:	fest.
Russ. Banknoten	75
Warschau 8 Tage	74¾
Poln. Pfandbriefe 4%	69½
Westpreuß. do. 4%	79⅜
Posener do. neue 4%	81½
Amerikaner	92¾
Oesterr. Banknoten	82¼
Italiener	55½
Weizen:	
Februar	56½
Roggen:	matt.
loco	40⅝
Februar	40⅝
April-Mai	41⅛
Mai-Juni	42
Rüböl:	
loco	12⅞
April-Mai	12⅞
Spiritus:	still.
loco	14¼
Februar	14¼
April-Mai	15⅝

Getreide- und Geldmarkt.

Thorn, den 3. Februar. (Georg Hirschfeld.)

Wetter: starker Frost, klare Luft.

Mittags 12 Uhr 8° Kälte.

Die auswärtige anhaltende Flaue hat auch hier eine Lustlosigkeit hervorgerufen, in Folge deren die niedrigeren Gebote williges Gehör finden.

Bei nicht bedeutender Zufuhr waren die Preise für

Weizen recht flau und niedriger, hellbunt 124—7 Pfd. 53—55 Thlr., 128—9 Pfd. 56 Thlr., hochbunt 127—130 Pfd. 55—54 Thlr. Alles 2125 Pfd., feinste Waare 1 Thlr. darüber.

Roggen, nur billiger verkäuflich 121—3 Pfd. 35 Thlr., 126 Pfd. 36 Thlr. pro 2000 Pfd.

Hafer, flau 20—21 Thlr. pro 1300 Pfd.

Gerste, Brauerwaare 33 Thlr. geringere Sorten 29—31 Thlr. pr. 1800 Pfd.

Erbsen, Futterwaare bis 36 Thlr. Kochwaare 38—40 Thlr. pr. 2250 Pfd.

Spiritus pro 100 Ort. 80% 13⅓—13⅚ Thlr.

Russische Banknoten: 75⅛ oder der Rubel 25 — 25¹⁄₁₂ Sgr.

Danzig, den 2. Februar. Bahnpreise.

Weizen, flau und niedriger, bezahlt für rostige und abfallende Güter 115—126 Pfd. von 45—54 Thlr., feine Qualitäten auch flau und wenig oder nicht rostige und vollkörnige Güter 124—132 Pfd. von 55—60 Thlr. pr. 2000 Pfd.

Roggen, flau, 120—25 Pfd. 36⅓—39⅔ Thlr. pr. 2000 Pfd. bezahlt.

Erbsen, von 35—37 Thlr. pro 2000 Pfd.

Gerste, kleine und große 33⅓—37 Thlr. pr. 2000 Pfd.

Hafer von 33⅓—34⅔ Thlr. p. 2000 Pfd.

Spiritus nicht gehandelt.

Stettin, den 2. Februar.

Weizen loco 54—60, pr. Februar 59½ nom., pr. Frühjahr 59⅛, pr. Mai-Juni 60⅛.

Roggen, loco 38—41, pr. Februar 40 nom., pr. Frühjahr 40⅜, pr. Mai-Juni 41½.

Rüböl loco 12⅚ pr. Februar 12¾ Br., pr. Frühjahr 12⅚ Br., pr. September-Oktober 11⅚.

Spiritus loco 14⅛, pr. Februar 14⅙, pr. Frühjahr 14⁵⁄₁₂, pr. Mai-Juni 14⅔.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 3. Februar. Temperatur: Kälte 11 Grad. Luftdruck 28 Zoll 5 Strich. Wasserstand 2 Fuß 10 Zoll.

Inserate.

Verantwortliche Redakteur **Ernst Lambeck**. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck**.